

Eine Menge Hausaufgaben

Euroländer. Zwar sind noch viele rechtliche Fragen offen – die Beschlüsse des jüngsten europäischen Krisengipfels weisen aber in die richtige Richtung. Für eine dauerhafte Stabilisierung der Währungsunion müssen die überschuldeten Staaten jedoch die notwendigen Strukturreformen in Angriff nehmen.

Unter dem Druck der Schuldenkrise haben die Regierungen der EU-Länder – mit Ausnahme Großbritanniens – endlich getan, was Ökonomen schon lange fordern: Die Währungsunion wird um Vor-

schriften ergänzt, die für stabile Staatsfinanzen sorgen sollen. Die wichtigsten Weichenstellungen des Gipfels:

- **Nationale Schuldenbremsen.** Die Eurostaaten werden verpflichtet, ihr

strukturelles, also um Konjunkturlinien bereinigtes Haushaltsdefizit auf maximal 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu begrenzen. Die Schuldenbremsen sollen in den nationalen Verfassungen verankert werden. Dies macht das Bekenntnis zu einer soliden Finanzpolitik glaubhaft.

- **Strengere Regeln gegen Defizit-sünder.** Künftig sollen Sanktionen gegen jene Länder, deren Haushalt gegen die Defizitvorgaben aus Brüssel verstößt, automatisch greifen. Das Verfahren kann dann von den EU-Finanzministern nur noch mit einer qualifizierten Mehrheit – die auch die Bevölkerungsrelationen berücksichtigt – gestoppt werden. Damit wird der Spielraum für die politische Einflussnahme einzelner →

Krisenstaaten: Kassenlöcher werden kleiner

Saldo des Staatshaushalts in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

	 Irland	 Griechenland	 Spanien	 Portugal	 Italien
2000	4,7	-3,7	-1,0	-1,1	-0,9
2001	0,8	-4,3	-0,7	-2,4	-3,1
2002	-0,5	-4,8	-0,5	-1,0	-3,0
2003	0,3	-5,7	-0,2	0,0	-3,5
2004	1,3	-7,4	-0,3	-0,2	-3,6
2005	1,7	-5,3	1,0	-2,5	-4,4
2006	2,9	-6,1	2,0	-0,4	-3,3
2007	0,1	-6,7	1,9	-3,2	-1,5
2008	-7,3	-9,8	-4,1	-3,5	-2,7
2009	-14,2	-15,5	-11,1	-10,1	-5,3
2010	-32,0	-10,4	-9,2	-9,1	-4,5
2011	-10,3	-8,5	-6,1	-5,9	-4,0

Quelle: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien · iwd 51/52

Die iwd-Redaktion
wünscht allen
Lesern ein frohes
Weihnachtsfest
und ein gutes Jahr
2012



Inhalt

Bachelorstudium. Viele Betriebe befürworten Auslandsaufenthalte ihrer Bewerber.
Seite 3

Unternehmenssteuern. Bis 2016 dürften die Steuerzahlungen der Unternehmen um 5 Milliarden Euro jährlich zulegen.
Seite 4

Baustoffindustrie. Die vergangene Krise hat die Baustoffindustrie kaum getroffen.
Seite 5

Wirtschaftspolitik. Menschen ändern ihr Verhalten oft nur ungern. Eine schlaue Politik nutzt das.
Seite 6

US-Mindestlöhne. Selbst die höchsten US-Mindestlöhne sind moderat im Vergleich zu den deutschen Forderungen.
Seite 7

Personalpolitik. Unternehmen kümmern sich vermehrt um die Themen „Familie und Beruf“ sowie „Frauen“.
Seite 8

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln



→ Staaten kleiner und das Verfahren glaubwürdiger. Wie dieses europäische Defizitverfahren allerdings mit den neuen nationalen Schuldenbremsen in Einklang zu bringen ist, wird noch zu klären sein.

• **Effektiverer Krisenmechanismus.** Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) kommt schon Mitte 2012, ein Jahr früher als geplant. Für Beschlüsse zum Einsatz des ESM ist keine Einstimmigkeit erforderlich, sondern nur eine sogenannte qualifizierte Mehrheit – die jener Euroländer, die zusammen 85 Prozent der

ESM-Mittel stellen. Damit können kleine Eurostaaten den Mechanismus nicht blockieren, was ihn deutlich effektiver macht.

Ob und wie diese Maßnahmen ohne Änderungen der EU-Verträge juristisch hieb- und stichfest gemacht werden können, bleibt allerdings abzuwarten. Auch sonst ist noch vieles unklar – etwa wie genau der Internationale Währungsfonds bei der Krisenbewältigung helfen soll und kann.

Dennoch dürften die Gipfelergebnisse auf Dauer dazu beitragen, das

Vertrauen in die Euroländer zu stärken. Jene Staaten, die besonders stark von der Krise betroffen sind, haben auf dem Weg zu stabileren Staatsfinanzen ohnehin schon einige Fortschritte erzielt (Grafik Seite 1):

Irland hat sein Budgetdefizit von 32 Prozent des BIP im vergangenen Jahr auf voraussichtlich 10 Prozent in diesem Jahr gedrückt.

Spanien und Portugal werden seit 2009 immerhin eine Verbesserung um 5 bzw. 4 Prozentpunkte geschafft haben.

Allerdings sind die Krisenstaaten mit Steuererhöhungen und Sparmaßnahmen allein nicht wieder auf Wachstumskurs zu bringen. Schließlich mangelt es ihnen vor allem an Wettbewerbsfähigkeit – was sich zum Beispiel in der Entwicklung ihrer Lohnstückkosten widerspiegelt:

Die Arbeitslöhne sind im Verhältnis zum BIP je Erwerbstätigen von 2000 bis 2011 in Spanien um 15 Prozent gestiegen, in Griechenland um 18 Prozent und in Italien sogar um satte 23 Prozent.

In Deutschland sind die Lohnstückkosten nach dieser von der EU veröffentlichten Rechnung dagegen um 4 Prozent gesunken.

Damit die Krisenstaaten im internationalen Wettbewerb wieder mithalten können, müssen sie Lohnzurückhaltung üben, aber vor allem produktiver werden. Hierfür sind Strukturreformen unabdingbar. Das heißt: Bürokratie abbauen, den Arbeitsmarkt liberalisieren und den Staatsapparat verkleinern.

Spanien ist bereits auf dem richtigen Weg – das Land hat den Kündigungsschutz gelockert und gibt Firmen in Krisenzeiten die Möglichkeit, aus Tarifverträgen auszuscheren. Zudem wurde das gesetzliche Renteneintrittsalter auf 67 Jahre angehoben.

Zehn Jahre Euro-Bargeld

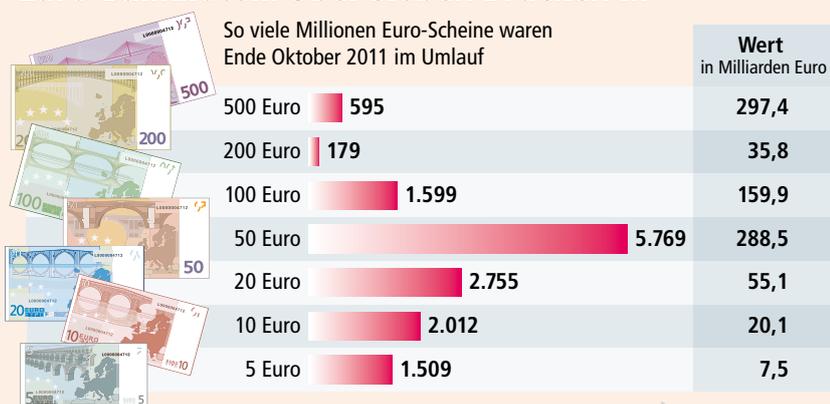
Am 1. Januar 2012 jährt sich die Einführung des Euro-Bargelds zum zehnten Mal. Zwar war der Euro schon ab Anfang 1999 die gemeinsame Währung von zunächst elf EU-Ländern – doch nur als Buchgeld, also im bargeldlosen Zahlungsverkehr. Bis die Bürger den Euro tatsächlich im Portemonnaie hatten, vergingen wegen des hohen Produktionsaufwands für die neuen Scheine und Münzen weitere drei Jahre. Allein vom Frühjahr 1999 bis Ende 2001 wurden insgesamt 15 Milliarden Banknoten sowie 51 Milliarden Münzen hergestellt – davon 17 Milliarden Münzen allein in Deutschland.

Derzeit sind mehr als 14 Milliarden Geldscheine im Wert von gut 860 Milliarden Euro im Umlauf (Grafik). Zudem zirkulieren 97 Milliarden Münzen im Wert von 23 Milliarden Euro. Ein Viertel davon entfällt auf die kleinste Einheit, die 1-Cent-Münze.

Die Bürger in den Eurostaaten besitzen allerdings noch immer erhebliche Mengen ihrer alten Währungen. So gab es am 31. Oktober 2011 noch Banknoten im Wert von rund 6,4 Milliarden DM und fast 7 Milliarden DM an Münzen. Die Bundesbürger können das Geld jedoch unbefristet bei der Deutschen Bundesbank eintauschen. Diesen Service bieten ansonsten nur die Zentralbanken von Estland, Irland, Österreich und Spanien.

Finnen, Franzosen, Griechen und Italiener haben dagegen lediglich noch bis Februar 2012 die Möglichkeit, ihre alten Geldscheine bei den nationalen Notenbanken gegen Euro einzuwechseln. In acht Euroländern ist die Umtauschfrist für alte Münzen sogar schon abgelaufen.

Euro-Banknoten: Über sieben Brücken ...



Quelle: Europäische Zentralbank

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iw-d 51/52

Praktikum in der Ferne wird honoriert



Bachelorstudium. Aus Angst, zu viel Zeit zu verlieren, verschieben viele Bachelorstudenten den Auslandsaufenthalt auf die Zeit nach dem Examen. Dabei befürworten viele Unternehmen selbst längere Auslandsphasen – besonders, wenn die Studenten dort praktische Erfahrungen gesammelt haben.

Arbeitgeber schätzen es, wenn Studienabsolventen Auslandserfahrung haben, so das Ergebnis einer Studie des Deutschen Akademischen Austauschdiensts (DAAD). Demnach gibt jedes zweite Unternehmen an, dass ein Auslandsaufenthalt die Einstellungschancen verbessert; bei den exportorientierten Firmen sagen das sogar mehr als 80 Prozent.

Doch mit Einzug der Bologna-Reform, die ja den grenzüberschreitenden Hochschulwechsel erleichtern sollte, ist die Auslandsmobilität zum Teil sogar gesunken:

Lediglich 16 Prozent der Uni-Bachelors legen ein Auslandsstudium ein, in den alten Diplomstudiengängen zog es noch 19 Prozent der Hochschulüber die Grenze.

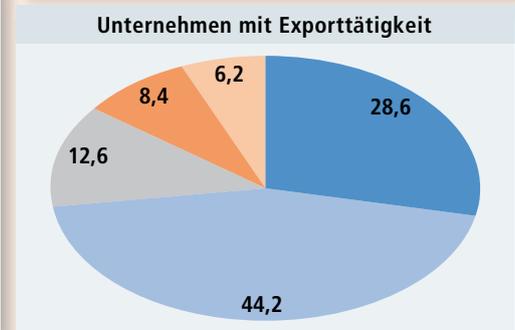
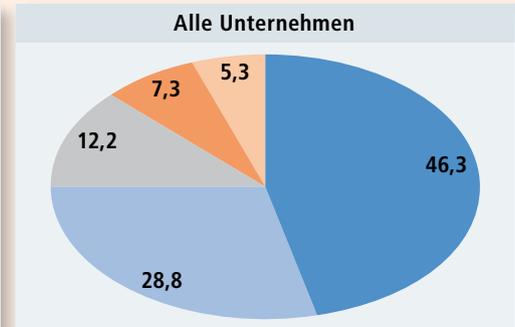
Anders sieht es an den Fachhochschulen aus. Hier studieren im Schnitt 14 Prozent der Bachelors für eine Weile im Ausland, bei den früheren Diplomstudenten waren es nur 9 Prozent.

Allerdings hinkt der Vergleich zwischen Bachelor- und Diplomstudenten: Das Bachelorstudium ist deutlich kürzer als das Diplomstudium. Viele Diplomstudenten entschlossen sich erst im fünften oder sechsten Semester zu einem Auslandsaufenthalt – zu diesem Zeitpunkt brüten die heutigen Bachelor-

Bachelor: Wie Auslandserfahrungen ankommen

So viel Prozent der Unternehmen, die Hochschulabsolventen beschäftigen oder einstellen wollen, bewerten den Auslandsaufenthalt während des Studiums wie folgt

- Auslandsaufenthalt spielt überhaupt keine Rolle; nur Qualifikation ist entscheidend
- Auslandsaufenthalt wiegt dadurch bedingte Studienzeitverlängerung mehr als auf
- Auslandsaufenthaltsbedingte Studienzeitverlängerung spielt nur indirekt eine Rolle, wenn Bewerber dadurch deutlich älter ist als Mitbewerber
- Auslandsaufenthaltsbedingte Studienzeitverlängerung spielt nur dann eine Rolle, wenn andere Bewerber den Auslandsaufenthalt in der Regelstudienzeit geschafft haben
- Studium innerhalb der Regelstudienzeit ist wichtiger als Auslandsaufenthalt



Antworten von 414 Unternehmen, von denen 147 im Export tätig sind, befragt von der Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult im Frühjahr 2011; Ursprungsdaten: DAAD

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 51/52

studenten bereits über ihrer Abschlussarbeit. Deshalb verlegen viele von ihnen ihren Aufenthalt in New York oder Tokio auf die Zeit nach dem ersten Studienabschluss:

Im Schnitt schieben 13 Prozent der Uni-Bachelors nach ihrem Abschluss ein Auslandspraktikum ein, 15 Prozent verlegen ihr Masterstudium sogar gleich ins Ausland.

Bei den Fachhochschul-Bachelors ist der Drang, die Heimat zu verlassen, etwas geringer ausgeprägt: Jeweils 7 Prozent schließen an den Abschluss ein Praktikum oder ein Masterstudium im Ausland an.

Die Firmen haben übrigens klare Prioritäten bezüglich der Dauer und der Art des Auslandsaufenthalts ihrer Nachwuchskräfte: Eine Mehrheit von 60 Prozent favorisiert ein Aus-

landspraktikum zwischen drei und sechs Monaten. Ein Auslandssemester schätzen immerhin rund 50 Prozent der Betriebe:

Nur für eine kleine Minderheit von 5 Prozent ist das Studium innerhalb der Regelstudienzeit wichtiger als ein Auslandsaufenthalt.

Annähernd 29 Prozent der Betriebe finden dagegen, dass die Auslandserfahrungen wichtiger sind als die dadurch verursachten längeren Studienzeiten (Grafik). Die Studienzeit ist höchstens dann relevant, wenn Mitbewerber, die ebenfalls einen Auslandsaufenthalt vorweisen können, schneller studiert haben oder der Bewerber durch die auslandsaufenthaltsbedingte Studienzeitverlängerung deutlich älter ist als andere gute Kandidaten.



Neuer Rekord

Unternehmenssteuern.

Während viele Volkswirtschaften seit Jahren praktisch ununterbrochen im Krisenmodus laufen, geht es den Unternehmen in Deutschland inzwischen vergleichsweise gut. Viele machen wieder höhere Gewinne als im Krisenjahr 2009 und zahlen folglich auch mehr Steuern.

Das Auf und Ab der Konjunktur trifft Arbeitgeber und Arbeitnehmer unterschiedlich stark. Denn während die Löhne und Gehälter der Beschäftigten auch in schlechten Zeiten fast immer ohne jeden Abstrich weitergezahlt werden, bekommen die Unternehmen einen Abschwung unmittelbar zu spüren.

Auch in der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise ist die gesamtwirtschaftliche Lohn- und Gehaltssumme kaum gesunken, aber die Gewinne der Unternehmen sind geschrumpft.

Die ausgeprägte Volatilität der Gewinne lässt sich am Steueraufkommen während der Wirtschaftskrise ablesen: Innerhalb nur eines

Jahres sanken die Steuern der Unternehmen um mehr als 20 Prozent auf 87 Milliarden Euro im Jahr 2009. Doch schon 2010 und 2011 zahlten die Betriebe wieder deutlich mehr, und im kommenden Jahr dürfte sogar ein neuer Steuerrekord erreicht werden (Grafik):

Die Steuerzahlungen der Unternehmen in Deutschland dürften sich 2012 auf annähernd 112 Milliarden Euro belaufen.

Zwar wird die konjunkturelle Dynamik etwas abflauen, doch das nach wie vor stetige Wirtschaftswachstum sollte es den Betrieben ermöglichen, weiterhin schwarze Zahlen zu schreiben. Auf Grundlage der offiziellen Steuerschätzung jedenfalls steigt das Unternehmenssteueraufkommen bis 2016 um jährlich cirka 5 Milliarden Euro.

Von den höheren Steuerzahlungen der Firmen profitieren alle Gebietskörperschaften. Denn die stets über Finanznöte klagenden Gemeinden können sich über höhere Gewerbesteuern freuen. Allerdings erhalten die Kommunen nicht das gesamte zusätzliche Plus, da sie einen Teil der

Gewerbsteuer über die Gewerbesteuerumlage an Bund und Länder abgeben. Im Jahr 2009 blieb den Gemeinden ein Gewerbesteueraufkommen von knapp 28 Milliarden Euro, 2016 dürften es fast 41 Milliarden Euro sein.

Bis 2016 wird überdies auch jener Anteil steigen, den die Unternehmen zum gesamten Steueraufkommen beitragen:

Aktuell machen die Unternehmenssteuern knapp 18 Prozent der gesamten Steuerzahlungen aus – in fünf Jahren dürften es annähernd 20 Prozent sein.

Dies zeigt, dass niedrigere Steuersätze nicht zwangsläufig geringere Steuerzahlungen nach sich ziehen. Die wachstumsfreundliche Steuerpolitik der vergangenen Jahre hat viele Unternehmen veranlasst, am Standort Deutschland zu investieren und zusätzliche Jobs zu schaffen. Dies beschert dem Staat in Zeiten guter Konjunktur langfristig mehr zusätzliche Steuereinnahmen, als er den Unternehmen durch höhere Steuersätze überhaupt abverlangen könnte.

Frohe Botschaft für den Fiskus

Steuerzahlungen der Unternehmen in Milliarden Euro

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Gewerbsteuer	41,0	32,4	35,7	39,9	42,3	43,9	45,6	47,4	49,1
Einkommenssteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag	39,6	37,1	36,4	38,8	40,0	42,2	44,3	46,4	48,6
Körperschaftsteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag	29,2	18,0	21,2	25,2	29,4	30,2	31,4	32,7	33,8
Insgesamt	 109,9	 87,4	 93,3	 103,9	 111,7	 116,2	 121,2	 126,5	 131,4

Auf sicherem Grund

Baustoffindustrie. Die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise haben viele Industriebranchen in Deutschland ins Wanken gebracht, da sie stark in die internationale Arbeitsteilung eingebunden sind und vom Exportgeschäft leben. Die Baustoffindustrie dagegen zeigt sich von den Nachwehen der Krise im Vergleich weniger betroffen.

Auch in der Bauwirtschaft sind nicht alle Sparten ungeschoren durch die Finanz- und Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre gekommen. Doch das, was der Wirtschaftsbau und der leicht rückläufige Wohnungsbau an Umsatz verloren haben, konnte der öffentliche Bau durch entsprechende Zuwächse wieder ausgleichen.

Flexible Arbeitszeiten und Kurzarbeit haben dafür gesorgt, dass auch die Beschäftigung in der Branche insgesamt stabil geblieben ist. Da die Produktion in der gesamten Industrie in den Jahren 2008 und 2009 zurückgegangen ist, stieg die gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Bausektors in dieser Zeit sogar an.

Infolgedessen konnten auch die Zulieferer für Maurer, Straßenbauer, Dachdecker und Co. – die Baustoffproduzenten – ihren Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung behaupten (Grafik):

Zwischen 2003 und 2009 lag der Anteil der Baustoffindustrie an der gesamten Industrieleistung (ohne Bauwirtschaft) zwischen 3,5 und 3,8 Prozent.

In der Baustoffindustrie arbeiten die Unternehmen wie in der Autoindustrie oder im Maschinenbau

Die Baustoffindustrie in Zahlen



Für so viele Millionen Euro hat die Baustoffindustrie im Jahr 2007 ...

... Güter dieser Wirtschaftsbereiche eingekauft Güter an diese Wirtschaftsbereiche geliefert	...
Baustoffindustrie	6.575	Bauwirtschaft	14.713
Unternehmensdienste	2.588	Baustoffindustrie	6.575
Handel	1.938	Chemische Industrie	2.249
Verkehrsdienste	1.707	Eisen-/Stahl-/Metallindustrie	855
Energie/Wasser	1.613	Maschinenbau/Fahrzeugbau/ Elektroindustrie	628
Finanzdienste	1.159	Agrarwirtschaft/ Nahrungsgewerbe	345
Chemische Industrie	912	Staat	324
Maschinenbau/Fahrzeugbau/ Elektroindustrie	708	Glasindustrie	193
Bauwirtschaft	159		

Angaben für 2010: **6.000 Betriebe** +++ **132.000 Beschäftigte** +++
Gewinnung von **600 Millionen Tonnen mineralischen Rohstoffen** +++
2011 voraussichtliche **Produktionssteigerung um 8 Prozent** im Vergleich zu 2010 +++ **Investitionen von 1,2 Milliarden Euro** (2009)

Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iw-d 51/52

Hand in Hand, das heißt die Vorleistungsverflechtung der Branche ist groß: So stammten 2007 von 37 Milliarden Euro Produktionswert nur 13 Milliarden Euro aus firmeneigener Wertschöpfung, 24 Milliarden Euro kamen dagegen von Unternehmen der eigenen und anderer Branchen (Kasten).

Wie nicht anders zu erwarten ist die Bauwirtschaft der bedeutendste Kunde der Baustoffindustrie: Im Jahr 2007 ging mit 14,7 Milliarden Euro weit mehr als die Hälfte der für Unternehmen bestimmten Lieferungen an die Bauwirtschaft.

Vorleistungsverflechtungen

Im Jahr 2007 steuerten andere Unternehmen 24 Milliarden Euro zum Produktionswert der Baustoffindustrie in Höhe von 37 Milliarden Euro bei. Von diesen firmenexternen Vorleistungen stammen wiederum 20 Milliarden Euro von Unternehmen aus dem Inland, 6,5 Milliarden Euro von Firmen aus der eigenen Branche. Wichtigster industrieller Zulieferer der Baustoffindustrie ist die Chemieindustrie. Daneben kaufen die Baustoffunternehmen viele Dienstleistungen zu.

Trägheit lässt sich nutzen

Wirtschaftspolitik. Von wegen Homo oeconomicus – statt kühl zu kalkulieren, was den eigenen Nutzen mehrt, handelt der Mensch oft ziemlich irrational. So manches gut gemeinte Vorhaben der Politik kommt dadurch nicht richtig zum Tragen. 

Menschen neigen zur Trägheit und behalten gern den Status quo bei. Das ist häufig selbst dann der Fall, wenn die aktuelle Situation willkürlich zustande gekommen ist und Veränderungen sowohl für den Einzelnen als auch für die Gesellschaft besser wären. Zudem sind viele Menschen von der Informationsflut überfordert – sie bleiben bei ihren Gewohnheiten oder delegieren Entscheidungen.

Unternehmen nutzen das schon lange: Werks- oder Standardeinstellungen sind längst Alltag – Handys haben einen standardisierten Klingelton, Internetbrowser eine voreingestellte Startseite. Wer etwas anderes will, muss selbst aktiv werden. Viele begnügen sich aber mit dem, was ihnen vorgesetzt wird. In manchen Ländern rettet diese Trägheit sogar Leben:

Beispiel Organspende: Unter anderem in Österreich, Frankreich, Portugal und Polen gelten Bürger automatisch als Organspender, solange sie dem nicht widersprechen. Und das tun die wenigsten – selbst jene nicht, die nicht bereit sind, nach ihrem Tod Herz und Nieren zu spenden (Grafik). In Deutschland dagegen ist es umgekehrt: Hierzulande müssen sich Menschen aktiv um einen Organspendeausweis bemühen. Obwohl sich in Umfragen knapp die

Organspende: Unterschiedlich geregelt

In manchen Ländern müssen Menschen extra zustimmen, wenn sie Organe spenden wollen – in Deutschland etwa, indem sie einen Organspendeausweis ausfüllen und mit sich tragen. In anderen Ländern dagegen müssen die Bürger widersprechen, wenn sie keine Organe spenden wollen, ansonsten gelten sie automatisch als Spender. So sind laut Gesetz in Österreich fast alle Menschen Organspender, weil sie nicht widersprochen haben, aber nur 39 Prozent wären tatsächlich zu einer Spende bereit.

So viel Prozent der Bevölkerung...	... sind laut Gesetz Organspender	... wären zur Organspende bereit	... kennen laut eigener Aussage die rechtlichen Bestimmungen für Organspenden	Geltendes Recht
Dänemark	4,3	70	45	Zustimmung nötig
Deutschland	25,0	47	28	Zustimmung nötig
Niederlande	27,5	64	64	Zustimmung nötig
Vereinigtes Königreich	17,2	61	23	Zustimmung nötig
Österreich	99,9	39	19	Widerspruch nötig
Belgien	98,0	72	33	Widerspruch nötig
Frankreich	99,9	66	33	Widerspruch nötig
Ungarn	99,9	53	23	Widerspruch nötig
Polen	99,5	53	27	Widerspruch nötig
Portugal	99,6	60	22	Widerspruch nötig
Schweden	85,9	83	33	Widerspruch nötig

Spender: 2003, außer Deutschland (2010), Bereitschaft: 2009, kennen Bestimmungen: 2009
 Quellen: Johnson, Goldstein (2003), Eurobarometer, Stiftung Eurotransplant

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln © 2011 IW Medien - Iwd 51/52

Hälfte bis drei Viertel der Bundesbürger als Spender bereiterklären, besitzt nur ein Viertel einen Organspendeausweis.

Beispiel Riester-Rente: Der deutsche Staat verpflichtet die Menschen per Gesetz zur Altersvorsorge und fördert manche Varianten mit Steuermitteln, zum Beispiel die Riester-Rente. Der Abschluss ist freiwillig, aber ohne Vertrag gibt es keine staatliche Zulage.

Etwa 60 Prozent der Berechtigten haben allerdings noch keinen Vertrag abgeschlossen. Um diese Situation zu verbessern und besonders Haushalte mit niedrigen Einkommen zu fördern, sollte der Staat auch hier bei den „Voreinstellungen“ ansetzen. Mit anderen Worten: Wer sich nicht anders entscheidet, legt automatisch jeden Monat 4 Prozent seines Einkommens in Form eines Riester-Vertrags zurück und erhält ohne weitere Formalitäten und bürokratischen Aufwand die jeweils zustehende jährliche Förderung.

Unabhängig von der Kritik an der Riester-Rente – eine private Vorsorge ist nötig. Und mit solch recht einfachen Änderungen würde die Zahl der Riester-Verträge deutlich steigen. Die staatliche Förderung könnte zudem nur noch an diejenigen gehen, die sonst keine private Vorsorge aufbauen könnten. Damit würden die unsystematische Umverteilung zwischen den Steuerzahlern mit und ohne Riester-Vertrag vermieden und die Steuergelder nur für tatsächlich Bedürftige verwendet – ohne dass jedoch ein staatlicher Zwang ausgeübt wird. Der Abschluss und die Auswahl der privaten Vorsorge sollten freiwillig bleiben.



IW-Positionen
50/2011

Dominik Enste, Michael Hüther:
 Verhaltensökonomik und Ordnungspolitik –
 Zur Psychologie der Freiheit,
 Köln 2011, 84 Seiten, 11,80 Euro
www.iwmedien.de/bookshop



Keine Blaupause für Deutschland

US-Mindestlöhne. Die Verfechter eines einheitlichen Mindestlohns sehen in den USA ein nachahmenswertes Vorbild. Doch im Vergleich zu den in Deutschland geforderten 8,50 Euro je Stunde fallen selbst die höchsten US-Mindestlöhne eher moderat aus.

In den USA existiert schon seit 1938 ein nationaler gesetzlicher Mindestlohn. Seit 2009 beträgt er 7,25 Dollar je Stunde, was derzeit 5,50 Euro entspricht. Neben der Bundesregierung in Washington haben auch die Bundesstaaten das Recht, Mindestlöhne festzulegen (Grafik).

Den höchsten Mindestlohn hat derzeit Washington mit 8,67 Dollar pro Stunde, am unteren Ende angesiedelt sind Georgia und Wyoming mit 5,15 Dollar. Für Unternehmen mit geringem Jahresumsatz oder wenigen Mitarbeitern gibt es in einigen Staaten Ausnahmeregelungen.

Ob Mindestlöhne Jobs kosten, wird in den USA kontrovers diskutiert (Kasten). Eine Untersuchung von homogenen Regionen für den



Mindestlöhne in den USA: Nur ein Bruchteil der Regelsätze

... das sind so viel Prozent des Durchschnittslohns

Bundesstaat	Mindestlohn in Dollar	... das sind so viel Prozent des Durchschnittslohns
Georgia, Wyoming	5,15	25 – 26
Arkansas	6,25	37
Delaware, Florida, Hawaii, Idaho, Indiana, Iowa, Kansas, Kentucky, Maryland, Missouri, Nebraska, New Hampshire, New Jersey, New York, North Carolina, North Dakota, Pennsylvania, South Dakota, Texas, Utah, Virginia, West Virginia, Wisconsin	7,25	29 – 44
Arizona	7,35	36
Colorado	7,36	32
Michigan, Ohio, Rhode Island	7,40	34 – 37
Maine, Oklahoma, New Mexico	7,50	40
Alaska	7,75	32
Kalifornien, Massachusetts	8,00	31 – 33
Vermont	8,15	40
Connecticut, District of Columbia, Illinois	8,25	23 – 36
Oregon	8,50	40
Washington	8,67	36
Minnesota (nach Betriebsgröße)	5,25 – 6,15	24 – 28
Montana (nach Betriebsgröße)	4,00 – 7,25	23 – 42
Nevada (mit/ohne Krankenversicherung)	7,25 – 8,25	33 – 42

Mindestlohn: Stand 2011, Durchschnittslohn: Stand 2010; übrige Bundesstaaten: kein regionaler Mindestlohn
 Ursprungsdaten: US Department of Labour

IW Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iw-d 51/52

Methodenstreit

Ob die in den USA regional sehr unterschiedliche Beschäftigungsentwicklung tatsächlich auf die jeweiligen Mindestlöhne zurückzuführen ist oder eher auf Einflüsse zurückgeht, die sich weder beobachten noch direkt messen lassen, wird kontrovers diskutiert. Einen Ausweg soll der Ansatz bieten, jene counties (=Landkreise) mit unterschiedlich hohen Mindestlöhnen miteinander zu vergleichen, die in unmittelbarer Nachbarschaft liegen und in ihrer Wirtschaftsstruktur recht homogen sind.

Zeitraum von 1990 bis 2006 kommt für zwei Branchen zu folgenden Ergebnissen: Für Restaurants, wo besonders viele Geringverdiener arbeiten, konnten keine negativen Beschäftigungseffekte festgestellt werden. Die Mindestlöhne hatten die vorherigen Stundenlöhne um 20 Prozent erhöht. Für das Hotel- und Gaststättengewerbe gilt Ähnliches.

Die amerikanischen Verhältnisse lassen sich allerdings nicht so einfach auf Deutschland übertragen:

Zum einen sind die US-Mindestlöhne eher niedrig. Ein Mindestlohn

von 8,50 Euro, wie er hierzulande von den Befürwortern angepeilt wird, entspräche fast 50 Prozent des Durchschnittslohns. Die meisten US-Bundesstaaten kommen dagegen nur auf 30 bis 40 Prozent.

Zum anderen stieg der Bundes-Mindestlohn in den USA zwischen 2007 und 2009 in drei Stufen von 5,15 auf 7,25 Dollar, also um mehr als 40 Prozent – nachdem er zehn Jahre lang nicht angehoben wurde. Es gibt jedoch noch keine Untersuchung darüber, ob dieser sprunghafte Anstieg Jobs gekostet hat.



Der Erfolgsfaktor Frau

Personalpolitik. Der demografische Wandel und der Fachkräftemangel halten die Personaler in Deutschland auf Trab. Eine Befragung der IW Consult zeigt, wie die Unternehmen dem entgegensteuern – indem sie sich vermehrt um die Themen „Familie und Beruf“ sowie „Frauen“ kümmern.

Laut einer Schätzung des Statistischen Bundesamts wird die Bevölkerung in Deutschland bis 2060 um bis zu 18 Millionen Menschen sinken. Zudem gehen die Experten davon aus, dass bis dahin die Zahl der erwerbsfähigen Personen von zuletzt rund 50 Millionen auf bis zu 33 Millionen zurückgehen wird.

Unternehmen müssen ihre Arbeitsstrukturen also entsprechend anpassen. Und das tun viele bereits, wie eine Befragung von rund 1.500 Unternehmen im Rahmen des Personalpanels 2011 der Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult zeigt (Grafik): Rund 82 Prozent der

befragten Betriebe befassen sich mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Auch das Thema Frauen steht oben auf der Agenda: Knapp sechs von zehn Unternehmen haben die Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern im Blick, und etwa zwei Drittel beschäftigen sich mit dem Thema Frauen in Führungspositionen.

Daher haben Betriebe ein großes Interesse daran, sich als attraktive Arbeitgeber für weibliche Fach- und Führungskräfte zu präsentieren:

Rund 60 Prozent der Unternehmen wollen durch Angebote zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf punkten.

Etwa 36 Prozent der Befragten haben zusätzlich oder alternativ gezielte Angebote zur Karriereförderung von Frauen auf dem Plan; rund jedes fünfte Unternehmen möchte auf Labels oder Zertifikate zurückgreifen – zum Beispiel auf das Gütesiegel „Logib-D geprüft“ (Kasten).



Personalpolitik: Familie im Fokus

Auf die Frage „Befasst sich Ihr Unternehmen mit folgenden Themen?“ antworteten so viel Prozent mit Ja



Ja: Darunter sind die Antworten „Ja“, „Ja, intensiv“, „Ja, ein wenig“ zusammengefasst; Mehrfachnennungen; Befragung von 1.551 Unternehmen im Sommer 2011; Ursprungsdaten: IW Köln Consult 2011

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 51/52

Adressaufkleber

Logib-D

Mit dem Projekt Logib-D (Lohnungleichheit im Betrieb – Deutschland) des Bundesfamilienministeriums können Firmen kostenlos prüfen, inwieweit Frauen und Männer in ihrem Betrieb gleich entlohnt werden. Zusätzlich können sich Unternehmen kostenlos beraten lassen. Nach

erfolgreicher Teilnahme erhalten die Betriebe das Gütesiegel „Logib-D geprüft“.



www.logib-d.de

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich), Andreas Wodok (Textchef), Jork Herrmann, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistentz: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,30/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Aboservice: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln,
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Fotos: Fotolia, MEV
Druck: Bercker Graphischer Betrieb
GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iwD wird einmal monatlich
(außer Januar und Dezember)
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.